

Oskar Farny – eine biographische Skizze

Robert Schmidtchen

1. Einführende Bemerkungen

Als am 11. November 1953 die Verfassungsurkunde des neuentstandenen Bundeslandes Baden-Württemberg unterzeichnet wurde, fand sich unter den Namen auf dem Dokument auch die Unterschrift Oskar Farnys.¹ Eben dieser war in politischer Hinsicht damals kein völlig Unbekannter mehr: Bereits für kurze Zeit hatte er 1920 als Abgeordneter dem Landtag des Freien Volksstaats Württemberg angehört. Auf eigenen Wunsch 1921 aus dem Stuttgarter Parlament ausgeschieden war er anschließend als Unternehmer und Kommunalpolitiker in seiner Heimatgemeinde tätig, bis er schließlich von 1930 bis nach den Wahlen vom 5. März 1933 Mitglied des Reichstags wurde. Gemeinsam mit Dr. Albert Hackelsberger wurde er Hospitant der NSDAP im späteren Großdeutschen Reichstag, dem er bis zum Ende des Dritten Reichs angehörte.

In der französischen Besatzungszone war es ihm erst nach dem Urteil der Riedlinger Spruchkammer möglich, sich wieder politisch zu betätigen, mit Einverständnis der französischen Militärregierung war er bereits vorher auf ökonomischem Gebiet aktiv geworden. Nach der Bundestagswahl 1953, der einzigen Wahl, abgesehen von denen auf kommunaler Ebene, der er sich nach 1945 jemals stellte, war er, nur für sehr kurze Zeit, Abgeordneter des Deutschen Bundestags. Er folgte dem Angebot Dr. Gebhard Müllers, legte sein Mandat nieder, und wurde als Minister für Bundesratsangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg Mitglied der Landesregierung. Ihr gehörte er in dieser Funktion sieben Jahre an, lehnte es unter anderem ab, die Nachfolge Müllers als Ministerpräsident Baden-Württembergs anzutreten, und schied auf eigenen Entschluss 1960 aus dem Amt.

Im folgenden Beitrag² soll in kurzer Form ein Einblick in die Biographie Oskar Ludwig Farnys, zu dem bislang, abgesehen von einem Eintrag in Rabergs „Biographischen Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933“, keine wissenschaftlich historische Publikation vorliegt, gegeben werden. Dabei wird der Schwerpunkt auf der rein narrativen Darstellung liegen, die sich ergebenden, durchaus auch kontroversen, Forschungsfragen

1 Vgl. Unterschriftenseite der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, in: Paul Sauer (Hg.): Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation. Ulm 1977, S. 205, Dok. 263.

2 Dieser Beitrag stellt eine stark gekürzte Fassung meiner Dissertation mit dem Arbeitstitel „Oskar Farny (1891–1983). Eine Biographie“ dar, die derzeit am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Universität Bayreuth unter Betreuung von Herrn Prof. Dr. Hermann J. Hiery verfasst wird.

können in diesem Rahmen nicht in einem hierfür notwendigen Umfang diskutiert werden. Für die Erstellung dieses Beitrages konnte auf der einen Seite auf bereits archivierte und erschlossene Bestände wie unter anderem die des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, des Archivs für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin oder des Stadtarchivs Wangen im Allgäu zurückgegriffen werden. Auf der anderen Seite konnten erstmals die Unterlagen aus dem Privatnachlass Oskar Farny, der sich im Besitz der Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung befindet, Verwendung finden.

2. *Vom Schüler zum Soldaten*

Oskar Ludwig Farny kam am 9. April 1891 im Dürren im Allgäu als zweites Kind des Ökonomierats Hugo Farny und dessen Ehefrau Rosalia Therese Luise Farny, geborene Boleg, zur Welt. Der Vater war sowohl Besitzer der Brauerei Farny als auch des Hofguts Dürren nahe der Stadt Wangen im Allgäu, darüber hinaus gehörte er in seiner Heimatgemeinde Waltershofen dem Gemeinderat und auch der Ersten Kammer des königlich württembergischen Landtags an.³

Geprägt war die Kindheit Oskar Farnys auf der einen Seite durch die Erfahrung des Zusammenlebens in einer Großfamilie – die Mutter gebar insgesamt acht Kinder, bevor sie 1905 verstarb – und einer gewissen Distanz zum Elternhaus auf der anderen Seite: Seine Schullaufbahn begann im nahe gelegenen Ratzenried, führte über die Lateinschule in Wangen im Allgäu und endete mit dem Abitur 1910 in Ravensburg. In der ehemaligen Reichsstadt war er in einer Herberge einquartiert worden, ein Umstand, der zeitweise an ihm nagte und Heimweh hervorrief. Vater Hugo Farny war „nach dem Tod seiner jungen Frau ein gebrochener Mann“⁴. Zwar wurden „wechselnde Kindermädchen und Haushälterinnen mit mehr oder weniger pädagogischem Geschick“⁵ angestellt, die aber weder für Hugo Farny noch für dessen Kinder den Verlust der Ehefrau beziehungsweise Mutter kompensieren konnten. Zwischen Vater und Sohn entstand 1910 ein gewisses Spannungsverhältnis, weil Oskar nach dem Abitur Berufsoffizier im württembergischen Heer werden wollte, wohingegen Hugo Farny ein Studium befürwortete. Auf Grund der Verpflichtung als Einjährig-Freiwilliger in Ulm im Oktober 1910⁶ wurde die Entscheidung aber zunächst aufgeschoben. Nach Ablauf dieses Jahres wurde er entlassen, folgte dem Wunsch des Vaters und nahm zum Wintersemester 1911/1912 an der Eberhard-

3 Vgl. Königlich Statistisches Landesamt (Hg.): Hof- und Staats-Handbuch des Königreichs Württemberg. Stuttgart 1913, S. 30.

4 Adelgund Müller: Dürren, S. 3 [unveröffentlichtes Manuskript], in: Stadtarchiv (StA) Wangen im Allgäu (Bestand Dokumentation Oskar Farny).

5 Ebd., S. 4.

6 Vgl. Personalbogen des Oskar Ludwig Farny (Akten No. 4096), in: Hauptstaatsarchiv (HSTA) Stuttgart M 430/2 Bü 471 (Bestand Personalakten II/19.–20. Jahrhundert).

Karls-Universität in Tübingen ein Jura-Studium auf.⁷ In kurzer Zeit stellte er fest, dass das Studium nicht seinen eigentlichen Interessen entsprach, und es folgten, vermutlich zum Missfallen des Vaters, im Frühjahr 1913 sowohl seine Exmatrikulation als auch der Eintritt ins Militär. Als Angehöriger des Infanterie-Regiments 124 wurde er in der damaligen Garnisonsstadt Weingarten bei Ravensburg stationiert. Aus dieser Zeit stammte auch die Freundschaft zu Erwin Rommel, die bis zum Tod des späteren Generalfeldmarschalls anhielt. In dienstlicher Hinsicht verlief Farnys Karriere ohne Rückschläge: Nach kurzer Zeit erfolgte im Sommer 1913 die Beförderung zum Fähnrich im königlich-württembergischen Heer und im Herbst des gleichen Jahres die Ernennung zum Leutnant. Privat hingegen wurde jenes Jahr allerdings durch den Tod des Vaters überschattet.⁸

Dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs folgte die Verlegung des Regiments, in dem Farny diente, an die Westfront, wo es zunächst mit der Grenzsicherung beauftragt wurde. Zu den ersten Erfahrungen, die Farny sammelte, gehörten einerseits Patrouillenritte durch französische Ortschaften und andererseits bewaffnete Zusammenstöße zwischen der französischen Zivilbevölkerung und uniformierten deutschen Soldaten.⁹ Inwieweit die Realität des Kriegs in Farny Zweifel hinsichtlich seiner Berufswahl geweckt hat, kann nicht eindeutig geklärt werden. Drei Sachverhalte sind jedoch auf Grund der Briefe an seine Verlobte Elisabeth Vögtle gesichert: Für ihn war es auf der einen Seite von Bedeutung, „seine Pflicht solange als menschenmöglich getan zu haben“¹⁰. Auf der anderen Seite missfiel ihm die Realität des Kriegsalltags, und er hoffte, dass dem „schrecklichen Morden ein baldiges Ende bereitet“¹¹ werden würde. Hinzu kam als drittes Element sein *expressis verbis* belegtes steigendes Gottvertrauen, indem Farny des Öfteren auf einen schützenden Gott verwies, der ihn immer wieder vor Schaden bewahrt habe. Im 124. Infanterie-Regiment nahm er an den Kämpfen bei Ypern und an der Somme teil, wo er im Verlauf der Gefechte mit der britischen Armee bei Guillemont am 11. August 1916 eine Gasvergiftung erlitt. Auf die gesamte Kriegsdauer gesehen blieb dies aber der einzige durch Kampfhandlungen verursachte Ausfall Farnys.¹² Im Januar des Jahres 1917 erfolgte seine Versetzung als Ordonnanzoffizier zur Übungs-

7 Vgl. Universitätsmatrikel WS 1911/12, in: Universitätsarchiv der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, 5/35 Blatt 49.

8 Vgl. Personalbogen des Oskar Ludwig Farny (Akten No. 4096), in: HSTA Stuttgart M 430/2 Bü 471.

9 Vgl. Oskar Farny an Elisabeth Farny vom 12. August 1914, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung.

10 Oskar Farny an Elisabeth Farny vom 10. Oktober 1914, S. 2, ebd.

11 Oskar Farny an Elisabeth Farny vom 24. September 1914, S. 3, ebd.

12 Vgl. Kriegsranklisten-Auszug des Infanterie-Regiments No. 124 über Hauptmann a. D. Oskar Ludwig Farny, in: HSTA Stuttgart M430/2 Bü 471.

Division Moser, und nach kurzer Zeit wurde er Ordonnanzoffizier des Stabs der 27. Infanterie-Division. In privater Hinsicht entwickelten sich die Dinge positiv für ihn, da er, nachdem die dafür notwendigen Voraussetzungen mit dem Schwiegervater in spe geregelt worden waren, am 11. Juli 1917 mit Elisabeth Vögtle in Freiburg im Breisgau den Bund der Ehe schloss.¹³ Aus Anlass der Heirat waren Farny knapp drei Wochen Urlaub gewährt worden, nach dessen Ablauf er zu seiner Einheit zurückkehrte, die sich zu diesem Zeitpunkt in der sogenannten Siegfried-Stellung befand. Mittlerweile war er des Krieges und seiner Erscheinungen überdrüssig geworden, und er empfand es geradezu als „Wahnsinn wie da der Massenmord betrieben wird“¹⁴.

Im Zuge des politischen Umbruchs im Kaiserreich und der Verhandlungen um einen Waffenstillstand kehrte das Infanterie-Regiment 124 im November 1918 wieder nach Weingarten zurück. Die ungewisse Zukunft des Standorts betraf Farny aber in der letzten Konsequenz nicht mehr, denn schon am 24. März 1919 war seine Beurlaubung „zwecks Einarbeitung in einen Zivilberuf auf 3 Mte [sic!] nach Dürren O/A Leutkirch“¹⁵ erfolgt.

3. *Oskar Farny im demokratischen und nationalsozialistischen Deutschland*

Farny, ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse sowie dem Militärverdienstorden III. Klasse, blieb nicht lange ohne Beschäftigung. Von seinem ältesten Bruder Hugo hatte er sowohl Hofgut und Brauerei übernommen, nachdem der sich zum Theologiestudium und für die Weihe zum Pfarrer entschieden hatte. Auf Grund der Entscheidung Hugos wurde bei den Vereinigten Käsereien des Württembergischen Allgäus (VKD) der Posten des Vorsitzenden vakant und als sein Nachfolger Oskar gewählt.¹⁶ Ähnlichkeiten zeigten sich auch auf politischer Ebene: Der jüngere Bruder wurde nach dem Ausscheiden Hugos 1919 zum Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Waltershofen gewählt.¹⁷

In seiner Funktion als Unternehmer, Gemeinderat und auch Zentrumsmitglied stand er in engem Kontakt zur regionalen Bevölkerung und dies offenbar mit einigem Erfolg: Als im Jahr 1920 der erste Landtag des Freien Volksstaats

13 Vgl. Telegramm vom 11. Juli 1917, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung.

14 Oskar Farny an Elisabeth Farny vom 6. November 1917, S. 2, ebd.

15 Personalbogen des Oskar Ludwig Farny (Akten No. 4096), in: HSTA Stuttgart M 430/2 Bü 471.

16 Vgl. Gutachten für die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim vom 20. September 1955, Mitteilung der Universität Hohenheim vom 6. Dezember 2010.

17 Vgl. Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderates vom 19. April 1966, S. 218, in: Protokolle des Gemeinderats Waltershofens, Ortschaftsverwaltung Waltershofen, Bestand B (22), Band XV, 1.1.1962–1968.

Württembergs gewählt wurde, stimmte im Mai „die Bezirksversammlung der Zentrumspartei [...] einmütig“¹⁸ dafür, Oskar Farny als Spitzenkandidat zu nominieren. Nicht ganz unzutreffend kommentierte diesen Vorgang der zentrumsnahe Wangener *Argen-Bote*, demzufolge Farny „in politischer Hinsicht für manche Wähler ein unbeschriebenes Blatt“¹⁹ sei. Soweit belegbar war er nämlich außerhalb seiner Heimatgemeinde politisch nicht in Erscheinung getreten, sondern vielmehr als ein der Milchwirtschaft verbundener Unternehmer in der Region bekannt geworden.

Farnys Wahlkampfführung zeichnete sich im Wesentlichen durch zwei Dinge aus: Volksnähe und Interessenvertretung der Landwirtschaft. Mit sowohl seiner „frischen Art und offenen Sprache“²⁰ als auch „offenen, warmherzigen Ausführungen“²¹ nahm er die Besucher seiner Wahlveranstaltungen für sich ein. Für die Landwirtschaft forderte er eine gerechtere Preispolitik und eine bessere Würdigung des Arbeitseinsatzes der Bauern. Daneben war er durch sein offenes Bekenntnis zum Katholizismus in der Region konfessionell verankert, und Kaplan Wiggenhauser nannte ihn „einen Mann, dessen echt christliche Gesinnung auch für die Hochhaltung des klassenversöhnenden Zentrumsprogramms bürgte“.²² Seiner politischen Unbekanntheit zum Trotz wurde Farny in den Stuttgarter Landtag gewählt. Die Art seiner Mandatsausübung, das heißt durch Redebeiträge und Anträge, zeigte, dass er sich als Vertreter der Landwirtschaft verstand. Darüber hinaus beteiligte er sich soweit nachvollziehbar, selbst wenn milch- und landwirtschaftliche Sachverhalte diskutiert wurden, nicht an Zwischenrufen und unterbrach auch andere Redner nicht. Allerdings war seine Mitgliedschaft im Landtag nicht von langer Dauer. Noch vor Ablauf des ersten Amtsjahrs gab er bekannt, dass er sein Mandat niederlegen werde. Seiner Ankündigung folgte die Tat, und am 30. März 1921 teilte der Landtagspräsident im Stuttgarter Halbmondsaal mit, dass Farny auf Grund von beruflichen und privaten Belastungen aus dem Parlament ausgeschieden sei.²³

18 Zur Wahl, in: *Argen-Bote*. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigebblatt vom 12. Mai 1920, in: *StA Wangen im Allgäu* (Bestand *Argen-Bote*, Jahrgang 1920).

19 Zentrumsversammlung, in: *Argen-Bote*. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigebblatt vom 4. Juni 1920, ebd.

20 Ebd.

21 *Argen-Bote*. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigebblatt vom 5. Juni 1920, in: *StA Wangen im Allgäu*, ebd.

22 Ebd.

23 Vgl. Verhandlungen des Württembergischen Landtags. 74. Sitzung. Stuttgart, Mittwoch, den 30. März 1921, in: Verhandlungen des Landtags des freien Volkstaates Württemberg auf dem 1. ordentlichen Landtag in den Jahren 1920/1921. Protokoll-Band 3. Die Protokolle vom 22. März bis 29. Juli 1921. 72.–98. Sitzung, S. 1777–2482. Stuttgart 1921, S. 1835.

Nach seinem Rückzug ins Privatleben widmete sich Farny wie angekündigt Hofgut und Brauerei, für deren Betrieb der Schwiegervater in der Nachkriegszeit immer wieder finanziell einspringen musste. Daneben war diese Zeit aber auch von der Sorge um seine Ehefrau geprägt, die erkrankt und deswegen zur Kur geschickt worden war. Einer dieser Kuraufenthalte erstreckte sich zeitlich auch über den Hochzeitstag der beiden. Der aus diesem Anlass geschriebene Liebesbrief Oskar Farnys ist nicht nur für die heutige Edelweißbrauerei Farny selbst von großer Bedeutung: In ihm wurde auch festgehalten, dass Braumeister Zeitler „115 Kisten Weizen, die erste Flasche bis zur letzten glanzhell abgefüllt“²⁴ und das so genannte „Champagner-Weizenbier ‚Edelweiß‘“²⁵, das heutige Kristallweizen, erfunden hatte. Daneben zeichnete sich sein Privatleben dadurch aus, dass er damit begann, sich in der verbleibenden freien Zeit für Motorsport zu interessieren. Sein Engagement blieb jedoch einerseits auf einige Wettfahrten im Raum Oberschwaben und andererseits auf Veranstaltungen des ADAC beschränkt. Er gewann 1923 zwei Rennen²⁶ und verlagerte in der darauf folgenden Zeit sein Engagement auf organisatorische Bereiche. So zeichnete er 1927 beispielsweise als „Vorsitzende[r] der Bezirksgruppe Allgäu“²⁷ mitverantwortlich für das so genannte Bergrennen am Oberjoch.

In politischer Hinsicht stellte das Jahr 1927 jedoch einen Wendepunkt in der Biographie Farnys dar. Abseits des Gemeinderats in Waltershofen hatte er allen Ämtern entsagt und seine Tätigkeit auf die Heimatregion konzentriert. In der beginnenden Krise der Landwirtschaft des Deutschen Reichs, von der das Allgäu in keiner Weise ausgenommen war, trat er nun wieder in Erscheinung. Dies geschah an der Schnittstelle von Politik und Ökonomie: Als Martin Schiele, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, am 7. September 1927 ins württembergische Allgäu kam, gehörte Oskar Farny zu den Fachreferenten, die ihm einerseits über die gegenwärtige Lage in der Region als auch über die Interessen und Bedürfnisse der Produzenten Bericht erstatteten.²⁸ In dieser Zeit der Krise zeigten sich zwei Dinge: Man besann sich auf die Bedeutung der Vereinigten Käsereien des Württembergischen Allgäus für die Region und forderte, dieses Genossenschaftswesen, das sich als gewinnbringend erwiesen hatte, stärker auszubauen.²⁹ Diese Forderung berührte ihrerseits wiederum Oskar Farny in seiner Funktion als Vorstand der Genossenschaft, der auf der einen

24 Oskar Farny an Elisabeth Farny vom 2. Juli 1924, in: Firmenarchiv Edelweißbrauerei Farny (Bestand Ordner Schriftstücke-Divers-Oskar Farny-alt).

25 Keppler an Hauptzollamt Friedrichshafen vom 18. Juni 1928, ebd.

26 Vgl. Der Motorfahrer 14 (1923), S. 240 (Mitteilung des ADAC).

27 ADAC-Motorwelt 35 (1927), S. 5 (Mitteilung des ADAC).

28 Vgl. Besichtigungsplan anlässlich des Besuchs des Herrn Reichsministers der Ernährung und Landwirtschaft am 7. und 8. September 1927, in: Argen-Bote vom 3. September 1927, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1927).

29 Vgl. Große Bauernversammlung, in: Argen-Bote vom 15. Dezember 1927, ebd.

Seite die finanziell belasteten Bauern beruhigen und gleichzeitig auf der anderen Seite stets das wirtschaftliche Wohlergehen der Vereinigten Käsereien im Auge behalten musste. Es zeigte sich in diesem Kontext aber auch, dass er seinen Kurs nicht immer im vollen Umfang durchsetzen konnte. Zwar hielt er wirtschaftlich unrentable Betriebe und Höfe im Allgäu in der gegenwärtigen Lage für nicht-existent, sprach sich aber dafür aus, diese dennoch im Fall der Fälle schlicht und ergreifend „auszumerzen“³⁰. In der Versammlung hingegen wurde der Beschluss gefasst, dass „nicht leistungsfähige, schlecht rentierende und schlecht eingerichtete Molkereibetriebe zusammengelegt werden sollen“.³¹

Farnys Rückkehr in die überregionale Politik stand sicherlich im Zusammenhang mit der Lage der Agrarwirtschaft. Für die Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 wurde er in den Wahlvorschlag der württembergischen Zentrums- partei aufgenommen, allerdings lediglich an fünfter Stelle. Auf Grund seiner Platzierung erschien es als nicht besonders wahrscheinlich, dass er in den Reichstag gewählt werden würde. Dennoch rief der Argen-Bote seine Wähler- schaft ausdrücklich dazu auf, das Zentrum zu unterstützen, denn jede Stimme für das Zentrum sei auch eine Stimme für Farny.³² Der sprach sich im Wahl- kampf für den Erhalt des Föderalismus aus und erhob – mit dem Verweis auf die Sowjetunion als Negativbeispiel – die Forderung nach einer Politik auf der Grundlage des christlichen Glaubens.³³ Für die Landwirtschaft betonte er die Notwendigkeit der Einführung von Schutzzöllen wie in der Schweiz verbun- den mit einem Appell an die Bevölkerung, bevorzugt doch einheimische Pro- dukte zu kaufen. Mit dem Verweis auf die Krise im Reich forderte er, dass „alle Berufe miteinander anstatt gegeneinander arbeiten“³⁴ sollten, und verband damit den Aufruf „zur Treue zu allen Volksgenossen“³⁵.

Nachdem es Farny nicht gelang, genügend Stimmen für ein Reichstags- mandat zu gewinnen, zog er sich erneut aus der aktiven Politik zurück. Aller- dings blieb er, auf Grund der Einbindung in die Landwirtschaft, dennoch wei- terhin mit der Politik verbunden. Die Bedeutung, die ihm für die Land- und im Besonderen für die Milchwirtschaft beigemessen wurde, zeigte sich 1930. Weil der deutsch-finnische Handelsvertrag 1929 ausgelaufen war, setzte die Reichsregierung Neuverhandlungen an. Am Ende dieser Verhandlungen stand ein Kompromiss: Den Finnen wurde der Import von Papiererzeugnissen er- leichtert, wohingegen ihnen der Export von Butter durch eine Zollerhöhung

30 Ebd.

31 Ebd.

32 Vgl. Argen-Bote. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigebblatt vom 19. Mai 1928, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1928).

33 Vgl. Kandidatenrede des Gutsbesitzers Farny, in: Argen-Bote. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigebblatt vom 10. Mai 1928, ebd.

34 Vgl. ebd.

35 Vgl. ebd.

auf deutscher Seite erschwert wurde. In der Beurteilung dieses Ergebnisses lagen die Standpunkte von Grüner Front, die sich für Importerschwernisse für Käse ausgesprochen hatte, und Oskar Farny nahe beieinander. Der hatte bereits Anfang des Jahres 1930 gewarnt, dass der neue deutsch-finnische Handelsvertrag, der seiner Meinung nach „lückenhaft und wertlos“³⁶ war, zu einer „Schicksalsfrage für das Allgäu werden kann“.³⁷ Vor dem Hintergrund des unbefriedigend erscheinenden Verhandlungsergebnisses reisten „Vertreter der deutschen Molkereiwirtschaft unter Leitung des Direktors des Deutschen Molkereiverbandes [...] v. Arnim“³⁸, darunter auch Oskar Farny, im April 1930 nach Finnland. Dort angekommen mussten die Deutschen jedoch feststellen, dass sich die Gespräche, die schlussendlich ohne Ergebnis bleiben sollten, äußerst schwierig gestalteten. Nach seiner Rückkehr kritisierte Farny außerdem, dass sich ein wichtiger Gesprächspartner, nämlich „der Direktor der dortigen Käse=Exportgesellschaft[,] während dieser Zeit monatelang in Berlin“³⁹ aufgehalten hatte. Sowohl durch die Zugehörigkeit zu dieser Delegation als auch durch die Krise als solche stellte sich eine Veränderung in der Wahrnehmung Farnys im Allgäu ein. Einerseits wurde er in der Regionalpresse als „führend in den Verhandlungen über die Abänderung bzw. Beseitigung des deutsch-finnischen Handelsvertrags“⁴⁰ bezeichnet. Andererseits wurde nun öfter über ihn berichtet und seiner Meinung ein Forum geboten.

Dem Scheitern der Großen Koalition und dem Rücktritt Hermann Müllers folgten im September 1930 Neuwahlen. In Württemberg wurden am 17. August in Ulm die Kandidaten der Zentrumspartei nominiert. Es bestand die Möglichkeit dem „allgemein gewünschten, hervorragenden *Vertreter des Oberlands und Allgäus* eine bevorzugte Stelle auf dem *Reichstagswahlzettel* zu sichern“⁴¹, deshalb rief der Argen-Bote die Parteimitglieder in seiner Leserschaft dazu auf, nach Ulm zu fahren. Zu eben diesem Kandidaten wurde Oskar Farny gekürt und an zweiter Stelle hinter Dr. Eugen Bolz und vor Verbandsge-

36 Oskar Farny: Ein Liter Milch zehn Pfennig, in: Amts-Blatt für den Oberamtsbezirk Tettang vom 15. Mai 1930, in: Schwäbische Zeitung Tettang (Bestand Amts-Blatt für den Oberamtsbezirk Tettang Jahrgang 1930).

37 Oskar Farny: Der finnische Handelsvertrag und das Allgäu, in: Argen-Bote. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigebblatt vom 20. Januar 1930, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1930).

38 Hannes Saarinen: Finnland und die Außenpolitik der Weimarer Republik. Berlin 1973, S. 104.

39 Oskar Farny: Ein Liter Milch zehn Pfennig, in: Amts-Blatt für den Oberamtsbezirk Tettang vom 15. Mai 1930, in: Schwäbische Zeitung Tettang (Bestand Amts-Blatt für den Oberamtsbezirk Tettang, Jahrgang 1930).

40 Argen-Bote. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigebblatt vom 18. August 1930, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1930).

41 Argen-Bote. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigebblatt vom 14. August 1930, ebd.

schäftsführer Johannes Groß aufgestellt.⁴² Die Nominierung Farnys ist auf zwei Gründe zurückgeführt worden: Entweder hatte Josef Andre zu Gunsten Farnys auf seinen Listenplatz verzichtet⁴³, oder aber der langjährige Reichstagsabgeordnete Franz Feilmayr war von Farny verdrängt worden.⁴⁴ Allerdings hatte Andre auf Grund einer ihm entstandenen Dreifachbelastung schon 1928 „sein Mandat zum Reichstag niedergelegt“⁴⁵, und Verbandsgeschäftsführer Johannes Groß war für ihn nachgerückt.⁴⁶ Feilmayr hingegen sei verdrängt worden, weil er sich jedem Extremismus verwehrt hätte, während „Farny [...] von anderer Statur“⁴⁷ gewesen sein soll. Fraglich ist, ob der Versuch, den erstarken Rechtsparteien die Wählerschaft mit entsprechenden Aussagen abzugraben, als hinreichender Beleg für ideologische Nähe tragfähig ist. Auf der einen Seite kann man einen Kurswechsel des Zentrums sicherlich nachvollziehen, aber auf der anderen Seite war Farny nicht nur bedeutend jünger als Feilmayr, sondern auch der ausgesprochene Wunschkandidat des Zentrums im Oberland.⁴⁸

Im Wesentlichen basierte Farnys Wahlkampf auf drei Aussagen: Erstens konzentrierte er sich auf den deutsch-finnischen Handelsvertrag, der auf lange Sicht das Todesurteil der Milchwirtschaft darstellen würde. Die nationalsozialistische Ideologie sprach er als „das Ideal der Zersetzung“⁴⁹ an und warnte sowohl vor NSDAP als auch KPD, die „in ihrem Wirtschaftsprogramm ziemlich dicke Freunde“⁵⁰ wären. Zuletzt warb er um die Stimmen der Bauern, indem er den Einsatz des Zentrums für die Landwirtschaft betonte. Anders als 1928 gelang ihm nun zwei Jahre später der Einzug in den Reichstag, in dem er allerdings, abgesehen von einem Redebeitrag zum deutsch-finnischen Handelsvertrag, farblos blieb.

42 Vgl. Die Liste des Zentrums, in: Argen-Bote. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigenblatt vom 18. August 1930, ebd.

43 Vgl. Thomas Schnabel: Württemberg zwischen Weimar und Bonn. 1928 bis 1945/46 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 13). Stuttgart u. a. 1986, S. 76.

44 Günter Buchstab: Franz Feilmayr – ein bedeutender Bürger Westerhofens, in: Ellwanger Jahrbuch 35 (1993/1994), S. 128–131, hier S. 131.

45 Veränderungen in der Reichstagsfraktion vom 4. November 1928, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 01-208-22/3 (Bestand Josef Andre).

46 Vgl. ebd.

47 Vgl. Buchstab: Feilmayr, S. 131.

48 Josef Beyerle an Franz Feilmayr vom 8. August 1930, S. 2, in: ACDP 01-150-030/5 (Bestand Franz Feilmayr).

49 Gutsbesitzer Farny über den Sinn der Wahl, in: Argen-Bote. Amts-Blatt für den Bezirk Wangen vom 4. September 1930, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1930).

50 Oskar Farny: Agrarkrise und deutsche Handelspolitik. Bauerntum und Reichstagswahlen, in: Seeblatt. Tag- und Anzeigenblatt der Stadtgemeinde Friedrichshafen und der benachbarten Gemeinden-Generalanzeiger für das Bodenseegebiet vom 4. September 1930, in: StA Friedrichshafen (Bestand Seeblatt, Jahrgang 1930).

Dennoch befand er sich auch bei beiden Reichstagswahlen 1932 an prominenter Stelle auf dem Wahlzettel der württembergischen Zentrumspartei. Kontinuierlich wies er auf die schlechte Lage der Landwirtschaft und, sollten staatliche Hilfen ausbleiben, den Kollaps der Milchwirtschaft hin.⁵¹ Zur Verbesserung der Lage im Reich könnten „nur Stabilität und Ruhe“⁵², für die die Regierung Brüning stünde, beitragen. Er betonte, man müsse „von vornherein *der nationalsozialistischen Lüge entgegentreten*“⁵³ und dass der Grund für die angespannte Situation im politischen System der Demokratie zu suchen wäre. Der Wahl Franz von Papens folgte das Scheitern seines Kabinetts und damit verbunden die Frage nach einer neuen Reichsregierung. Im Vorfeld der Wahlen im November 1932 vertrat Farny thematisch ähnliche Standpunkte wie schon im Juli des Jahres und berichtete auch über die Verhandlungen des Zentrums mit der NSDAP, die zwar einen vielversprechenden Verlauf genommen hätten, allerdings durch die neuerliche Auflösung des Reichstags obsolet geworden wären.⁵⁴ Er sprach die Zentrumspartei frei von Schuld an der Reichstagsauflösung und zögerte nicht, auf das Fehlverhalten der Regierung Papen, von der nur „die Forderungen und Wünsche der Großindustrie und des Großgrundbesitzes“⁵⁵ berücksichtigt worden wären, hinzuweisen. Über seine Haltung zu Reichskanzler Kurt von Schleicher ist nichts Aussagekräftiges bekannt. Soweit belegbar, traf Farny mit von Schleicher knapp zwei Wochen vor dessen Demission zusammen, um diesen über die Herausforderungen der Milchwirtschaft zu informieren und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.⁵⁶ Im Schatten der drohenden neuerlichen Reichstagsauflösung sprach er bei der Fraktionssitzung vom 26. Januar 1933 die Warnung aus, dass in diesem Fall die Gefahr bestünde, dass „die kleinbäuerlichen Kreise [...] in Massen zu den radikalen Parteien“⁵⁷ überlaufen würden.

51 Vgl. Oskar Farny: Bedrohter Butterzoll, in: Argen-Bote. Amts-Blatt für den Bezirk Wangen vom 11. Mai 1932, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1932).

52 Großer Tag der Zentrumsjugend. Treuegelöbnis für Brüning und Kaas, Bolz und Beyerle, in: Argen-Bote. Amts-Blatt für den Bezirk Wangen vom 6. Juni 1932, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1930).

53 Ebd. [Hervorhebung im Original].

54 Vgl. Abgeordneter Farny im Wahlkampf, in: Argen-Bote. Amts-Blatt für den Bezirk Wangen vom 3. November 1932, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1932).

55 Reichstagsabgeordneter Farny vor der Egloffter Wählerschaft, in: Argen-Bote. Amts-Blatt für den Bezirk Wangen vom 29. Oktober 1932, ebd.

56 Vgl. Abg. Farny beim Reichkanzler. Vorschläge zur Behebung der Not der Milchwirtschaft, in: Argen-Bote. Amts-Blatt für den Bezirk Wangen vom 17. Januar 1933, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1933).

57 26. Januar 1933: Fraktion, in: Rudolf Morsey (Hg.): Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstand der deutschen Zentrumspartei 1926–1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen 9). Mainz 1969, S. 608f., hier S. 609.

Der Entlassung von Schleichers und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler folgten bereits nach einem knappen Monat die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen. Neben der Forderung nach einer den Herausforderungen der Zeit angepassten Wirtschaftspolitik mahnte Farny, dass „die Wirtschaft [...] ein gemeinsames Schicksal in all ihren Zweigen“⁵⁸ meistern müsse. Geradezu offen forderte er die Regierungsbeteiligung der NSDAP und betonte, man werde aber „so gerecht [sein], nicht einmal all die Wunderdinge von Hitler zu erwarten, die seine eigenen Anhänger von ihm erhoffen“.⁵⁹ Mit dem Hinweis auf die kommenden Herausforderungen rief er, im Sinne des Wahlspruchs des Königreich Württemberg, die Wähler zu zwei Dingen auf: Erstens sollten sie „furchtlos vor jedem Terror, [...] jedem Gewissenszwang, [...] jedem Radau der Straße“⁶⁰ bleiben und sich zweitens in Treue zu den „unvergänglichen Idealen unserer Weltanschauung“⁶¹, das heißt dem Standpunkt der konfessionell katholischen Parteien, bekennen. Den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 folgte aber in der Konsequenz nicht die Restauration der parlamentarischen Demokratie, sondern deren sukzessive Abschaffung. Schon vor der Selbstauflösung des Zentrums hatte Farny am 23. Juni 1933 sein Reichstagsmandat aufgegeben.⁶² Als Ursache hat er selbst 1948 zu Protokoll gegeben, sich aus rein politischen Gründen zu diesem Schritt entschlossen zu haben. Allerdings könnte auch eine Verbindung zu seinem Privatleben bestanden haben, denn sein älterer Bruder Hugo war im Sommer 1933 von der Gestapo verhaftet worden.⁶³

Der Mandatsniederlegung folgte nach kurzer Zeit gemeinsam mit Dr. Albert Hackelsberger die Rückkehr in den Reichstag als Hospitant der NSDAP-Fraktion, nachdem beide in den Wahlvorschlag der NSDAP aufgenommen worden waren. Sowohl Nationalsozialisten als auch Farny selbst wurden von diesem Vorgang überrascht, weil sich letztgenannter durch die „gemeinsten Lügen, Verdrehungen, Verleumdungen des Führers u. der gesamten Bewegung“⁶⁴ ausgezeichnet hätte. Während der Zeit des Nationalsozialismus‘ verschwand Farny weitestgehend aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Seine Person stellte,

58 Wirtschaftspolitik ohne Phrase. Die Rede des Reichstagsabgeordneten Farny auf dem Ulmer Zentrumsparteitag, in: Deutsches Volksblatt vom 14. Februar 1933, in: ACDP 06-051-A 222 (Bestand Zentrum).

59 Zentrum im Vormarsch!, in: Argen-Bote. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigeblatt vom 16. Februar 1933, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1933).

60 Flammender Weckruf Farnys, in: Argen-Bote. Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigeblatt vom 20. Februar 1933, ebd.

61 Ebd.

62 Vgl. Direktor beim Reichstag an Oskar Farny vom 30. Juni 1933, in: ACDP 01-468-001/1 (Bestand Oskar Farny).

63 Vgl. Oskar Farny an Luise [Farny] vom 27. Juni 1933, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Personendokumentation: Oskar Farny).

64 A. Saur an Oskar Farny vom 1. November 1933, S. 1, in: ACDP 01-468-001/1.

soweit überprüfbar, auch keinen Gegenstand der medialen Berichterstattung im Kreis Wangen im Allgäu mehr dar. Im Kontext der Aussagen nach 1945 über Farny, dessen mögliche Verbindungen zum Widerstand und seine Haltung zum Nationalsozialismus sowie der knappen Unterlagen für diese Zeit ergibt sich eine Auffälligkeit: Verglichen mit anderen Widerstandsmitgliedern überstand er die Jahre 1933 bis 1945 im Wesentlichen unbeschadet. Im August 1935 nahm er an einem Bataillonsführerlehrgang teil, allerdings wurde ihm Anfang des Jahres 1939 in Freiburg im Breisgau nach einer medizinischen Untersuchung attestiert, nicht mehr für den Dienst im Militär geeignet zu sein.⁶⁵ Ungeachtet dieses Ergebnisses kehrte er dennoch nach dem Überfall auf Polen in den aktiven Dienst zurück und wurde der 98. Infanterie-Division in Altneuhaus zugeordnet. Nach einer zwischenzeitlichen Verlegung als Bestandteil der I. Armee der Heeresgruppe C in den Wehrkreis IX, die Saarpfalz, griff diese Division nach der Auslösung des Falls Rot an der Westfront im Mai 1940 in Kampfhandlungen ein.⁶⁶ Allerdings war sein Dienst nicht von langer Dauer und nach einem längeren Lazarettaufenthalt in Heidelberg wurde er von 1941 bis 1945 in Stuttgart als Chef des Stabs des Kommandeurs der Kriegsgefangenenlager im Wehrkreis V eingesetzt. Über den vollen Umfang seiner dortigen Tätigkeit liegen außer seiner eigenen Zeugenaussage aus dem Jahr 1968 allerdings bislang keine weiterverwertbaren Unterlagen vor.⁶⁷

4. *Zwischen Entnazifizierung und der versuchten Rückkehr in die Politik*

Wenngleich der 8. Mai 1945 in seiner Bewertung als Tag der Befreiung ein geteiltes Echo hervorruft, stellte er eben genau dies für Farny dar.⁶⁸ Es gelang ihm in der Nachkriegszeit sehr schnell, auch weil sich Verfolgte des nationalsozialistischen Regimes für ihn einsetzten, sich mit den französischen Besatzungsbehörden zu arrangieren. Schon frühzeitig begann er, sich für die politischen Vorgänge zu interessieren, so nahm er als Gast an mehreren Landrätetagen teil und war in einem Fall als Fachreferent anwesend. Nachdem von französischer Seite die mangelhafte Arbeit des sogenannten Landesernährungsamtes kritisiert worden war, schien sich seine Rückkehr in hohe öffentliche Ämter anzubahnen. Gegen den Widerstand Carlo Schmidts und Clemens Mosers, dem Landesdirektor für Arbeit, die beide die politische Unmöglichkeit der Verwendung Farnys an einer hervorgehobenen Stelle betonten,

65 Vgl. Oskar Farny an Elisabeth Farny vom 18. Januar 1939, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung.

66 Vgl. Georg Tessin: Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945. Bd. 6: Die Landstreitkräfte 71–130. 2. verb. Auflage Osnaabrück 1979, S. 152f.

67 Vgl. Erklärung Oskar Farnys vom 19. August 1968, in: ACDP 01-468-004/2.

68 Vgl. Eintrag vom 21. Juni 1945, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung.

wurde Farny durch das Staatssekretariat zu Beginn des Jahres 1946 „zum vorläufigen Präsidenten der Landwirtschaftskammer“⁶⁹ ernannt. Dass seine definitive Ernennung ausblieb, lag am Ende aber nicht so sehr am Widerstand gegen seine Person, sondern an den abweichenden Vorstellungen von Deutschen und Franzosen in der Frage der Landwirtschaftskammer. So wurde schließlich einerseits stattdessen „eine rein berufsständische Vertretung“⁷⁰ geschaffen und andererseits mit Dr. Franz Weiß auch ein anderer Leiter berufen.

Am 12. März des gleichen Jahres wurde in Wangen im Allgäu vom örtlichen Säuberungsausschuss der Fall Oskar Farny behandelt. Drei Zeugen sagten für ihn aus und zeigten sich darin einig, dass er zu keiner Zeit Nationalsozialist gewesen sei.⁷¹ Es wurde jedoch auch kritisch angemerkt, dass er durch seine Mitgliedschaft im Reichstag weder in privater noch in unternehmerischer Hinsicht einen Schaden erlitten habe.⁷² In dem Reichstagsmandat lag auch die Begründung für den Beschluss vom 14. März 1946, demzufolge er ohne weitere Sanktionen in die Gruppe b eingeordnet wurde.⁷³ Es zeigte sich in der Verhandlung vor dem Politischen Säuberungsausschuss für die Wirtschaft in Ravensburg, dass dieses Gremium nicht bereit war, dem Wangener Vorbild zu folgen: Nach Beendigung des Verfahrens wurde festgestellt, dass Farny, falls er zum Widerstandskreis des 20. Juli 1944 gehört hatte, auf Grund des Verbleibs auf seinem Posten „weiterhin das Vertrauen der Regierung genossen hat“⁷⁴. Es erfolgte daher der Beschluss, dass abseits der Ehrenämter „ein Wirken des Herrn F. in der Öffentlichkeit für die nächsten Jahre untragbar“⁷⁵ geworden wäre. Erst nach einem wahrhaften Großaufgebot von teilweise prominenten

69 22. Sitzung der Landesdirektoren am 11. Januar 1946, in: Frank Raberg (Hg.): Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern. Erster Band: Das Erste und Zweite Staatssekretariat Schmid 1945–1947 (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. III. Teil: Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern, 1. Band) Stuttgart 2004, S. 73–77, hier S. 75.

70 Gerd Friedrich Nüske: Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, in: Max Gögler/Gregor Richter (Hg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 193–200, hier S. 198.

71 Vgl.: Aussage Lobmiller vom 15. Mai 1945, in: Staatsarchiv (STA) Sigmaringen Wü 13 T 2, Nr. 2380/33 (Bestand Staatskommissariat für die politische Säuberung), Bild 40 (<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-1058094-40>, Abruf: 1. September 2011). Vgl. auch Aussage E. G. Stranz' vom 18. September 1945, ebd., Bild 63 (<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-1058094-63>, Abruf: 1. September 2011); Aussage Hans Riggensbach vom 11. Dezember 1945, ebd., Bild 50 (<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-1058094-50>, Abruf: 1. September 2011).

72 Aussage Lobmiller vom 15. Mai 1945, ebd., Bild 40 (<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-1058094-40>, Abruf: 1. September 2011).

73 Beschluss vom 14. März 1946, ebd., Bild 10 (<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-1058094-10>, Abruf: 1. September 2011).

74 Vgl. Beilage zur Urteilsbegründung, datiert auf den 12. August 1946, ebd., Bild 11 (<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-1058094-11>, Abruf: 1. September 2011).

75 Ebd.

Zeugen aus Politik, Klerus und Wirtschaft wurde Farny am 2. November 1948 auf Grund des Sitzungsbeschlusses der Spruchkammer VII in Riedlingen einstimmig als entlastet eingestuft.⁷⁶

Allerdings war ihm die Rückkehr in die Politik nun vorerst versperrt. Vom politischen und konfessionellen Standpunkt aus wären die Christdemokraten die passende Partei gewesen, aber auf Grund seiner unklaren Rolle im Nationalsozialismus über die Mitgliedschaft im Großdeutschen Reichstag bis 1945 hinaus wurde ihm die Aufnahme verweigert. Hauptgegner Farnys waren dabei einerseits der Leutkircher Kreisvorsitzende und MdL der CDU, Josef Lutz, und andererseits der Wangener Notar und CDU-Ortsvorsitzende Richard Abt, der die von Farny eingereichten Unterlagen für dessen Entnazifizierungsprozess beglaubigt hatte. Vor den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag wurden beide nun mit dem Wunsch konfrontiert, Farny aufzustellen. Auf der einen Seite war man sich der Popularität Farnys bewusst, aber auf der anderen Seite vermutete man, „daß von Seiten der Linksparteien seine Zugehörigkeit zum Reichstag des vergangenen Reiches“⁷⁷ propagandistische Verwendung finden würde. Man bemühte sich, eine möglichst befriedigende Lösung für diese Angelegenheit zu finden, allerdings war dies nicht mehr notwendig: Zwischen Josef Lutz und Oskar Farny war es zu einem kurzen Briefwechsel gekommen mit dem Ziel, die bestehende Uneinigkeit aus dem Weg zu räumen.⁷⁸ Weil aber beide Seiten auf ihren Standpunkten beharrten, scheiterte sowohl die Aufnahme Farnys in die CDU als auch dessen Nominierung als Bundestagskandidat, für die sich Personen bis hin zum Reichsernährungsminister a. D. Dr. Andreas Hermes ausgesprochen hatten.⁷⁹ Allerdings hatte sich Farny selbst gegen die Nominierung gesperrt, weil er keinem Kandidaten den angestammten Wahlkreis nehmen wollte, aber auf Grund seiner Verankerung in der Region auch keinen anderen als den heimischen Wahlkreis annehmen könne.

5. *Von der Gründung des Südweststaats zur Kandidatur zum Deutschen Bundestag*

Sowohl Oskar Farnys Rückkehr in die Landespolitik als auch seine spätere Karriere sind, zumindest zu Beginn, auf den maßgeblichen Einfluss des Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der Gründung des Südweststaats waren die beiden miteinander bekannt geworden und Farny hatte sich, „nach einer uner-

76 Vgl. Niederschrift über die Sitzung am 2. November 1948, ebd., Bild 8 (<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-1058094-11>, Abruf: 1. September 2011).

77 Rundschreiben 11 (1949), S. 1, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung.

78 Vgl. Josef Lutz an Oskar Farny vom 29. Juni 1949, ebd. Vgl. Oskar Farny an Josef Lutz vom 1. Juli 1949, ebd.

79 Vgl. Andreas Hermes an Oskar Farny vom 30. August 1949, ebd.

träglichen Lethargie der deutschen Politik⁸⁰ endlich wieder einen Impuls wahrnehmend, zur Mitarbeit bereiterklärt. Seine einzige Bedingung bestand darin, keine herausragende Stellung einnehmen zu wollen. Als am 11. Mai 1949 ein Verein mit dem Ziel der Errichtung des Südweststaats gegründet wurde, fand Farny nun doch an höherer Stelle Verwendung, und seine Wahl „zum Vorsitzenden [...] [erfolgte] auf Vorschlag des Herrn Innenministers Renner [...] einstimmig“.⁸¹

In der Folgezeit setzte sich Farny für die Gründung des Südweststaates, der seiner Meinung nach „der nicht zu unterdrückende Wille der Bevölkerung“⁸² sei, ein. Daneben nutzte er die entstehenden Verbindungen in die Politik, um sich ein Netzwerk aufzubauen, wofür ihm auch sein Hofgut zu Gute kam. Zu seinen Gästen gehörte beispielsweise auch der Landesvorsitzende der SPD, Carlo Schmid, mit dem Farny ein immer freundschaftlicheres Verhältnis verband. Unmittelbar vor der entscheidenden Volksabstimmung 1951 forderte er die Wahlberechtigten dazu auf, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen, und die Einheit nicht durch kleingeistigen politischen oder konfessionellen Dünkel in Abrede zu stellen. Vielmehr forderte er in Anlehnung an den Rütli-Schwur in Schillers „Wilhelm Tell“: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern!“⁸³ Wegen seines Engagements über die Parteigrenzen hinweg und seines Bekanntheitsgrads wäre ihm nun die Mitgliedschaft in der CDU sicherlich möglich gewesen. Allerdings war er bereits zu Beginn des Jahres 1951 in Oberstauten in die bayerische CSU eingetreten.⁸⁴

Nach der erfolgreichen Volksabstimmung für die Gründung des Landes Baden-Württemberg sollte eine Verfassungsgebende Landesversammlung gewählt werden. Gebhard Müller bemühte sich deshalb darum, Farny als Kandidaten für die CDU zu gewinnen.⁸⁵ In diesem Kontext zögerte der Vertreter Wangens bei der Sitzung des Landesvorstands der CDU am 23. Januar 1952 nicht, darauf hinzuweisen, „daß Ressentiments gegen [...] Farny nicht mehr beständen“⁸⁶ – allerdings blieben alle Versuche ihn zu gewinnen ohne Erfolg. Er ließ Müller

80 Oskar Farny an Dr. Gebhard Müller vom 8. April 1949, in: STA Sigmaringen Wü 2 T Bü 229, Nr. 095 (Bestand Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern/1945–1959).

81 Vorbereitung des Südweststaates am 11. Mai 1949 im Schloss Bebenhausen (Niederschrift über eine Besprechung), ebd., Nr. 074–075, hier Nr. 075.

82 Pressestimmen zum Südweststaat. Gründungsversammlung für eine Vereinigung zur Förderung des Zusammenschlusses der württembergischen und badischen Länder am 2. Juni 1949 in Tübingen, ebd., Nr. 021.

83 Oskar Farny: Der schwäbische Bauer und der 9. Dezember, in: Schwäbischer Bauer. Organ des Landesbauernverbandes für Württemberg-Hohenzollern. Mitteilungsblatt des Landwirtschaftsministeriums Tübingen 49 (1951), S. 1, in: ACDP 01-468-021/1.

84 Vgl. Ehrenurkunde 30 Jahre Mitglied der CSU vom 20. Januar 1981, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung.

85 Vgl. Dr. Gebhard Müller an Oskar Farny vom 22. Januar 1952, ebd.

86 Protokoll über die Sitzung des Landesvorstandes am 23. Januar 1952 in Bebenhausen, S. 8, in: ACDP 03-009-065 (Bestand BV Württemberg-Hohenzollern).

wissen, dass er ihm viel lieber „als Mittelsmann zwischen Politik und Wirtschaft ohne den Adelstitel M.d.L.“⁸⁷ zur Verfügung stehen wolle.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 1953 versuchten Gebhard Müller und andere erneut, seine Zustimmung zur Kandidatur zu erreichen, daran war sogar das Angebot gekoppelt, in Wangen im Allgäu antreten zu dürfen – eigentlich der Wahlkreis Kurt Georg Kiesingers. Farny lehnte erneut lange Zeit ab, bis er, aus bislang nicht nachvollziehbaren Gründen, doch seine Zustimmung gab. Allerdings wollte er nicht über einen Wahlkreis, sondern über die Landesliste gewählt werden. Nach einer kurzen Diskussion einigte sich der Landesvorstand der CDU Südwürttembergs darauf, ihn auf dem vierten Listenplatz zu führen. Der Entschluss blieb nicht ohne Kritik, die sich vor allem auf die Zeit des Nationalsozialismus⁸⁸ bezog, aber Gebhard Müller stellte sich vor seinen Wunschkandidaten und erklärte die „Vorwürfe gegen die politische Vergangenheit von Herrn Farny [...] [für] wirklich unbegründet.“⁸⁸ In den Bundestagswahlkampf griff Farny – soweit nachvollziehbar – nur einmal ein: Zusammengefasst attestierte er Adenauer, während der letzten vier Jahre außen- wie auch innenpolitisch richtig gehandelt zu haben, und hob die Rolle der CDU als politische Vertretung des Christentums hervor. Hinsichtlich der Außenpolitik und der Frage nach dem deutschen Verteidigungsbeitrag trat er für die Wehrpflicht ein und betonte deren Wichtigkeit. Zuletzt mahnte er erneut dazu, vor allem die jüngere deutsche Geschichte als Lehrmeister wie auch „als Richtlinie für die Lösung unserer gegenwärtigen Probleme“⁸⁹ zu begreifen.

6. *Als Minister in Bonn*

Farny zog am 6. September 1953 über die Landesliste der CDU in den Bundestag ein und hätte beinahe die Nachfolge von Wilhelm Niklas als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten angetreten. Niklas schied aus eigenem Wunsch aus dem Kabinett aus und sowohl Heinrich Lübke als auch Oskar Farny wurden als mögliche Neubesetzungen gehandelt. Niklas favorisierte den Letztgenannten und bat ihn, das Ministerium zu übernehmen, falls es ihm angeboten würde.⁹⁰ Allerdings lehnte Farny ab, weil nach eigener Aussage seine politischen Ambitionen nicht so groß wären und er „unter allen

87 Oskar Farny an Dr. Gebhard Müller vom 6. Februar 1952, S. 2, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung.

88 Gebhard Müller an W. Lulay vom 21. August 1953, Vorderseite, in: HSTA Stuttgart Q 1/35 Bü 394 (Bestand Gebhard Müller).

89 Ein Appell der alle angeht. Präsident Farny im Wahlkampf, in: Schwäbische Zeitung, 5. September 1953, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Schwäbische Zeitung, Jahrgang 1953).

90 Vgl. Wilhelm Niklas an Oskar Farny vom 9. September 1953, S. 3, in: ACDP 01-468-018/2.

Umständen jeden Konkurrenzlauf mit einem [...] Freunde vermeiden“⁹¹ wollte. Zur gleichen Zeit war Gebhard Müller in Baden-Württemberg damit beschäftigt, eine neue Landesregierung zu bilden. Nachdem es der südbadische CDU-Mann Anton Dichtel am 5. Oktober 1953 ablehnte, als Minister für Bundesratsangelegenheiten nach Bonn zu gehen, wurde zwei Tage später in der Presse berichtet, dass an seiner Stelle Oskar Farny der Landesvertreter in der Bundeshauptstadt werden würde.⁹² Dieser gab zuerst gezwungenermaßen sein Bundestagsmandat auf und wurde – im Selbstverständnis „Treuhand der Interessen des Landes“⁹³ – im Rang eines Ministers zum Vertreter Baden-Württembergs im Bundesrat in Bonn.

Seine Amtsführung war innerhalb der CDU nicht unumstritten und in diesem Zusammenhang wurde die Frage nach seiner Mitgliedschaft gestellt. Im Frühjahr 1954 beschäftigte sich der Landesvorstand der Partei in Sigmaringen mit dieser Frage, und es zeigte sich, dass die Partei keinesfalls geschlossen hinter Farny stand. Am Ende der Diskussion stand ein Kompromiss: Man würde sich einstimmig zu Farny bekennen, aber ihn nicht als Delegierten zum Bundesparteitag entsenden. Darüber hinaus wurde ihm angeraten, „den formellen Bedenken seiner Kandidatur zum Bundesparteiausschuss Rechnung zu tragen“.⁹⁴ Auf Drängen Gebhard Müllers setzte sich Farny, wenn auch widerwillig, mit Josef Lutz in Verbindung und bat um die Aufnahme in die CDU Wangen im Allgäu.⁹⁵

Nach dem, für ihn als Minister sicherlich nicht ganz einfachen ersten Dienstjahr, glätteten sich die Wogen zusehends. Er war in der Folgezeit in eine Vielzahl von Entwicklungsprozessen in Baden-Württemberg involviert, ohne sich jedoch dabei in der ersten Reihe der Landespolitiker zu befinden. Wenngleich seine Aktivitäten in diesem Zusammenhang für eine Vielzahl von Geschehnissen nachweisbar sind, so kristallisierten sich dabei doch wesentliche Inhalte heraus: Er zeigte in hohem Maße Interesse und Einsatz an der Wehrpolitik der Bundesrepublik und unterstützte sowohl die Einführung der Wehrpflicht als auch die Wiederbewaffnung des Landes als solche. Im Zusammenhang mit seinem diesbezüglichen Engagement gehörte er dem Verteidigungsausschuss des Bundesrats an und nahm in dieser Funktion auch an Tagungen der NATO, wie der sogenannten Parlamentarier-Konferenz, teil.⁹⁶ Aber auch der Entwick-

91 Oskar Farny an Wilhelm Niklas vom 14. September 1953, ebd.

92 Vgl. Ministerliste vollständig. Oskar Farny im Stuttgarter Kabinett, in: Schwäbische Zeitung, 7. Oktober 1953, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Schwäbische Zeitung 1953).

93 Fünf neue Männer im Kabinett. Der Lebenslauf der neuen Minister und Staatsräte, in: Der Kaiserstühler, 10. Oktober 1953, in: ACDP 01-468-19/3.

94 Protokoll über die Sitzung des Landesvorstandes am 20. März 1954 in Sigmaringen, S. 13, in: ACDP 03-009-065.

95 Vgl. Oskar Farny an Münter vom 23. März 1954, S. 1, ebd.

96 Vgl. Dr. Wegmann an die Vertretungen der Länder beim Bund vom 24. September 1957, in: HSTA Stuttgart EA 9/101 Bü 391/2 (Bestand Vertretung des Landes beim Bund und bei den europäischen Ländern).

lung der Land-, und im Besonderen der Allgäuer Milchwirtschaft galt seine Aufmerksamkeit. Wenngleich sein Einsatz nicht immer direkt anhand von Dokumenten belegbar ist, so geben die Ehrungen und Berufungen, die ihm zuteil wurden, doch Aufschluss über seine Bedeutung. Neben regionalen Auszeichnungen, wie etwa der goldenen Ehrennadel des Landesbauernverbands Württemberg-Hohenzollern im Jahr 1957⁹⁷, reichten sich Ämter wie zum Beispiel das des Präsidenten des Verbands der Deutschen Milchwirtschaft⁹⁸ oder die Ehrendoktorwürde der Universität Hohenheim.⁹⁹

Wenngleich sich Farny zwar an herausragender Stelle der Landespolitik befand, so war er nicht immer im Blickfeld der breiten Öffentlichkeit präsent. Dies änderte sich in den Jahren 1957 und 1958: Im Frühjahr 1957 traten die von Farny geführten Vereinigten Käsereien des Württembergischen Allgäus Dürren gleich gegen drei Konkurrenten in der Emmentaler-Herstellung an, nämlich die Südmilch AG, die Kraft GmbH und die Ravensburger Omira GmbH. Streitpunkt war das Herstellungsverfahren des Käses der drei genannten Unternehmen, weshalb Farny betonte, deren Produkte wären gemäß „dem Willen des Landwirtschaftsministeriums kein Emmentaler“¹⁰⁰. Wegen dieses Vorgangs wurde schließlich vor dem Münchener Verwaltungsgericht Klage erhoben, allerdings stellte das Gericht fest, dass es in dieser Angelegenheit nicht zuständig sei. Die Angelegenheit zog so große Kreise, dass selbst das FDJ-Organ *Junge Welt* einen entsprechenden Beitrag über Farny veröffentlichte.¹⁰¹ Hinzu kamen politische Fragen: Auf der einen Seite war der Deutsche Bauernverband 1957 auf Distanz zu Bundesernährungsminister Heinrich Lübke gegangen. Gegenüber Adenauer wurde die Forderung erhoben, unter Berücksichtigung der Argumente der Kritiker Lübkes den Bundesernährungsminister zu entlassen. Von Seiten des Bauernverbandes wurde unter anderem Oskar Farny als potentieller Nachfolger vorgeschlagen. Der allerdings stellte umgehend klar, dass er „das neckische Spiel, das hier getrieben wird“¹⁰², nicht mitspielen werde. Auf der anderen Seite stellte sich in Baden-Württemberg ein Jahr später die Frage nach der Nachfolge Gebhard Müllers, nachdem der zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts berufen worden war.

Der fragliche Personenkreis war recht klein und schrumpfte zusehends: Hans Filbinger wurde als zu unerfahren abgelehnt, Anton Dichtel sowie Oskar

97 Vgl. Verleihung von Ehrennadeln, in: *Der Schwäbische Bauer* 45 (1957), S. 16.

98 Vgl. Oskar Farny an Karl Forster vom 24. April 1961, in: ACDP 01-468-003/1.

99 Vgl. Urkunde über die Verleihung des Doktors der Landwirtschaft ehrenhalber vom 9. April 1956 (Mitteilung der Universität Hohenheim).

100 Die Käse-Grenze, in: *Der Spiegel* (16) 1958, S. 25.

101 Vgl. *Der Allgäuer Käse-Krieg*, in: *Junge Welt*, 22. Mai 1958 (Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung).

102 Der ausgeladene Minister, in: *Der Spiegel* 43 (1957), S. 10.

Farny lehnten am 29. November 1958 ab.¹⁰³ Bereits in der Probeabstimmung vom 20. November hatte sich gezeigt, dass Farny in der Fraktion vermutlich keine Mehrheit bekommen würde. Gebhard Müller schlug daher in Anbetracht der Umstände eine Übergangsregelung vor, in dem das Problem durch eine „Lösung Farny-Filbinger“¹⁰⁴ gelöst werden sollte. Allerdings scheiterte diese Idee nicht zuletzt am kategorischen Nein Farnys. Der nämlich hatte für sich beschlossen, nur noch bis zu den Landtagswahlen 1960 im Amt bleiben zu wollen. Zu diesem Schritt hatte er sich entschlossen, weil im zunehmenden Alter seine Lebensqualität durch „ein ambulantes Gewerbe“¹⁰⁵ wie das jetzige zu stark in Mitleidenschaft gezogen werde. Hinzu kamen aber auch gesundheitliche Gründe¹⁰⁶, die die eben genannte Lebensqualität noch zusätzlich minderten. An dieser Entscheidung hielt Farny, allen Versuchen ihn umzustimmen trotzend, fest und schied dementsprechend 1960 aus der Regierung aus. Dem „Doyen“ der Länderdiplomaten¹⁰⁷ wurde bescheinigt, dass es niemanden gäbe, „der seinen Entschluß nicht bedauerte“¹⁰⁸ und dass dieser „für sein Land Baden-Württemberg, aber auch für seine Bevollmächtigten-Kollegen [...] in seinen Bonner Jahren viel“¹⁰⁹ getan hätte. Eugen Gerstenmaier, Präsident des Deutschen Bundestags, mutmaßte, dass hinter dem Rückzug aus der Politik möglicherweise mehr stecke, als man gegenwärtig annähme. Es sei nicht unwahrscheinlich, dass Farny „mit 80 ‚für ein anderes Amt‘ kandidieren“¹¹⁰ würde. Auch der SPD-Innenminister Baden-Württembergs, Viktor Renner, schloss sich „voll dem hohen Lob [...], das man Farny gesungen habe“¹¹¹, an. Der so Geehrte selbst zog im Rahmen seiner Abschiedsfeier ein Resümee seiner Dienstzeit. Als einzige negative Erinnerungen an seine Amtszeit würde ihm die „Enttäuschung über die Juristen“¹¹² bleiben, die aber durch die vielen anderen

103 Vgl. Fraktionssitzung vom 29. November 1958, 10 Uhr, S. 1, in: HSTA Stuttgart Q 1/35 Bü 453.

104 Fraktionssitzung vom 29. November 1958, 10 Uhr, S. 1, ebd.

105 Oskar Farny an M. Belbe vom 28. Januar 1959, S. 1, in: ACDP 01-468-002/2.

106 Vgl.: Otto Götz an Oskar Farny vom 8. August 1957, S. 1, in: ACDP 01-468-001/2.

107 Der Herr Direktor fährt mit Stander aus. Ein schlichtes Schild am Bundeshaus – Staatsminister Farny verläßt Bonn, in: Badisches Tagblatt, 21. Juli 1960 (HSTA Stuttgart EA 1/107 Bü 257, Bestand Staatsministerium: Zeitungsdokumentation/1955–1980).

108 Ein Preuße aus Schwaben. Der dienstälteste Länderbevollmächtigte verläßt Bonn/Das „Königreich Farny“ in: Schwarzwälder Bote, 11./12. Juni 1960, ebd.

109 Oskar Farny, in: FAZ, 7. Juni 1960 (HSTA Stuttgart Q 1/22 Bü 1147, Bestand Wolfgang Haußmann).

110 „Das ist des Landes nicht der Brauch...“. Ein Minister, der lieber Privatmann sein möchte – Bonner Abschiedsabend für Dr. Oskar Farny, in: Schwäbische Zeitung, 30. Juni 1960 (HSTA Stuttgart EA 1/107 Bü 257).

111 SPD lobt die Arbeit von Oskar Farny, in: Schwäbische Zeitung, 22. Juli 1960, ebd.

112 „Das ist des Landes nicht der Brauch...“. Ein Minister, der lieber Privatmann sein möchte – Bonner Abschiedsabend für Dr. Oskar Farny, in: Schwäbische Zeitung, 30. Juni 1960, ebd.

positiven Erfahrungen mehr als aufgewogen werde. Er selbst wünschte sich, dass seine Dienstzeit und er mit den Worten, die er einst Gebhard Müller bei dessen Verabschiedung gewidmet hatte, beurteilt werden würden: „Du warst nie so schlecht wie dein Ruf, aber auch nicht so gut wie dein Nachruf.“¹¹³

7. *Kein Altersruhestand*

Dem Rückzug aus Bonn folgte aber mitnichten der Altersruhestand. Schon während seiner Zeit als Minister war Farny Mitglied in einer Vielzahl von Vereinigungen gewesen, und dies in der Regel an relativ prominenter Stelle. Zu diesen Verpflichtungen kamen nun noch weitere Tätigkeiten wie etwa die Aufnahme in den Aufsichtsrat der Dornier-Werke hinzu.¹¹⁴ Zusätzlich befand er sich an prominenter Stelle der Milchwirtschaft durch das Amt des Präsidenten des Verbands der Deutschen Milchwirtschaft, als dessen Vertreter er an internationalen Fachkongressen teilnahm. Darüber hinaus reiste er noch im Alter von 72 Jahren als Fachmann für milchwirtschaftliche Fragen in den Pazifikraum und den Nahen Osten.¹¹⁵ Allerdings lässt sich nachweisen, dass er in den 1960er Jahren langsam damit begann, die ihm verbliebenen Ämter aufzugeben.

Am längsten verblieb er im Gemeinde- und späteren Ortschaftsrat Waltershofens. Ihm hatte er seit 1919 als gewählter Nachfolger seines älteren Bruders ununterbrochen angehört und sich gegenüber seiner Heimatgemeinde vor allem nach 1945 sowohl finanziell wie auch materiell großzügig gezeigt. Die Akzeptanz, die er erfuhr, drückte sich auf der einen Seite in den Ergebnissen der Gemeinderatswahlen aus, bei denen er, innerhalb des überprüfbaren Zeitraums von 1953 bis 1975, immer die meisten Stimmen erhielt.¹¹⁶ Warum er

113 Ebd.

114 Vgl. Niederschrift über den Gesellschafterbeschluss zur Bestellung des Herrn Staatsministers Dr. h.c. Oskar Farny zum Mitglied des Aufsichtsrates der Dornier-Werke G.m.b.H., Friedrichshafen, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung.

115 Vgl. Oskar Farny an Elisabeth Farny vom 9. November 1963, ebd.

116 Für 1953 liegen in den entsprechenden Protokollen keine Ergebnisse in Zahlen vor, allerdings wird Farny an erster Stelle der gewählten Gemeinderäte aufgeführt. Aus der Namensliste lässt sich schließen, dass keine alphabetische Sortierung vorgenommen wurde. Vgl. Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats vom 13. Dezember 1953, in: Protokolle des Gemeinderats Waltershofens, in: Ortschaftsverwaltung Waltershofen, Bestand B (20), Band XIII, 1.1.1950–31.12.1955; Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats vom 29. November 1959, in: Protokolle des Gemeinderats Waltershofens, in: Ortschaftsverwaltung Waltershofen, Bestand B (21), Band XIV, 1950–Dezember 1961; Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats vom 12. November 1965, in: Protokolle des Gemeinderats Waltershofens, in: Ortschaftsverwaltung Waltershofen, Bestand B (22), Band XV, 1.1.1962–1968; Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats vom 4. November 1971, in: Protokolle des Gemeinderats Waltershofens, in: Ortschaftsverwaltung Waltershofen, Bestand B (23), Band XVI, 7.2.1969–30.12.1971;

1975 nur noch die fünfmeisten Stimmen erhielt, ist nicht vollständig erklärbar, es kann jedoch vermutet werden, dass ein Zusammenhang zu seiner Ankündigung, die Wahl nicht mehr annehmen zu wollen, besteht. Allerdings lässt sich erst nach Ablauf der fünfjährigen Amtsperiode des 1975 gewählten Ortschaftsrats bei den Neuwahlen der Name Farny nicht mehr finden.¹¹⁷

Auf der anderen Seite wurden ihm Ehrungen angetragen, die von der Verleihung der Ehrenbürgerwürde Waltershofens in der Nachkriegszeit, der 1971 die Wangens und 1972 die Kißleggs folgten, bis hin zur Benennung der örtlichen „Turn- und Festhalle nach der Fertigstellung in ‚Oskar-Farny-Halle‘“¹¹⁸ reichten. Ehrungen und Auszeichnungen wurden ihm aber auch von höherer Stelle zuteil: Noch 1960 wurde ihm auf Initiative Hans Filbingers für „wertvolle Dienste“¹¹⁹ an Bundesrepublik und Bundesland das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen, nachdem Farny bereits 1957 das Große Bundesverdienstkreuz erhalten hatte.

Weitere sechs Jahre später folgten mit der Verfassungsmedaille in Gold und dem Bayerischen Verdienstorden zwei weitere Auszeichnungen durch die Länder Baden-Württemberg und Bayern.¹²⁰ Die letzte Ehrung, die ihm zuteil wurde, gemäß der Verleihungskriterien auf Grundlage der „Verdienste um Kirche und Gesellschaft“¹²¹, bestand im Großkreuz des Silvesterordens, das ihm vom Rottenburger Bischof Georg Moser überreicht wurde. Zu diesem Zeitpunkt war Farny, wie bereits ausgeführt, politisch nur noch im Ortschaftsrat Waltershofens präsent. Nach seinem Ausscheiden aus demselben war er noch im Aufsichtsrat der Inselbrauerei AG in Lindau verblieben. Diesem gehörte er noch wenige Monate, bis er schließlich „aus persönlichen Gründen [...] auf eine Wiederwahl verzichtet“¹²² hatte, vor seinem Tod am 19. Juni 1983 an.

Niederschrift über die Verhandlungen des Ortschaftsrats vom 28. Mai 1975, in: Protokolle des Ortschaftsrats Waltershofens, in: Ortschaftsverwaltung Waltershofen, Bestand B (24), Band XVII, 1972–1982.

117 Vgl. Niederschrift über die Verhandlungen des Ortschaftsrats vom 10. Dezember 1980, in: Protokolle des Ortschaftsrats Waltershofens, in: Ortschaftsverwaltung Waltershofen, Bestand B (24), Band XVII, 1972–1982.

118 Niederschrift über die Verhandlungen des Ortschaftsrats vom 3. November 1972, ebd.

119 Pressemitteilung Nr. 235/60 vom 15. Oktober 1960, in: HSTA Stuttgart EA 6/101 Bü 311 (Bestand Wirtschaftsministerium, Pressestelle/1958–1980).

120 Vgl. Urkunde über die Verleihung der Verfassungsmedaille in Gold vom 9. April 1966, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung; Walter Schöll: Verdient um Bayern und das bayerische Volk.... Die Träger des Bayerischen Verdienstordens 1958–1988. Percha am Starnberger See u. a. 1988, S. 66.

121 Papst-Orden für Ex-Minister Farny, in: Neckar-Chronik, 8. Juli 1977 (HSTA Stuttgart J 191, Bestand Zeitungsausschnittsammlung zur Personalgeschichte, Farny Oskar).

122 Fritz Rosenhauer an Oskar Farny vom 3. April 1983, in: ACDP 01-468-005/1.

8. *Versuch einer abschließenden Betrachtung*

Eine Karriere als Politiker hatte Oskar Ludwig Farny ursprünglich nie einschlagen wollen. Vielmehr war er daran interessiert gewesen, Berufsoffizier im Heer zu werden, eine Vorstellung, die an den Bestimmungen des Versailler Vertrags in Form der festgelegten Truppenreduzierung scheiterte. Durch die Entscheidung des älteren Bruders Hugo für eine Laufbahn als geweihter Geistlicher wurde es ihm, der sich schon im Frühjahr 1918 für politische Vorgänge interessierte und in Ravensburg an Versammlungen teilnahm¹²³, möglich, sowohl in Politik als auch in Ökonomie Fuß zu fassen. Seine überregionale politische Verwendungsfähigkeit zeigte sich vor allem zu der Zeit, als die Landwirtschaft Ende der 1920er Jahre auf die Krise zusteuerte. Wie sehr man in ihm den geeignetsten Vertreter der heimischen Milchwirtschaft sah, drückte sich auch darin aus, dass 1933 der Wangener Argen-Bote in ihm „de[n] besten Freund und Förderer der Allgäuer Gesamtwirtschaft“¹²⁴ ausmachte.

Kontrovers wurden, nach Farnys Tod auch in der Öffentlichkeit, seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, die zwar 1933 im Rahmen des Fraktionszwangs erfolgte, aber wohl auch nach 1945 „aus seiner Sicht unumgänglich war“¹²⁵, und seine Rolle als Hospitant der NSDAP-Fraktion erörtert. Auch der Zusammenhang zwischen seinen Äußerungen im Wahlkampf und dem weiteren Werdegang während der Jahre 1933 bis 1945 erfordert kritische Fragestellungen. Eine möglichst treffende Antwort hierauf ist weder leicht noch in Kurzform zu geben. Grob zusammengefasst lässt sich aber feststellen, dass er zwar kein ideologischer Parteigänger der Nationalsozialisten, aber dennoch ein geschickter Taktiker gewesen ist.

Für Zeitgenossen wie etwa Carlo Schmid bestanden zwar an Farnys „persönliche[r] antifaschistische[r] Einstellung keine Zweifel“¹²⁶, aber die Mitgliedschaft im Großdeutschen Reichstag wurde zum Ausschlusskriterium für die Berufung in öffentliche Ämter und spielte auch im Entnazifizierungsprozess eine tragende Rolle. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ihn die Erfahrungen aus diesen Prozessen in der Kombination mit dem daraus resultierenden Umgang mit seiner Person durch Regionalpresse und -politiker vielleicht in seinem persönlichen Stolz angegriffen, aber dennoch nachhaltig geprägt haben. Sicherlich auch bedingt durch die 1948 erfolgte Entlastung durch ein

123 Elisabeth Farny an Familie Vögtle vom 9. Januar 1918, in: Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung.

124 Wisst ihr noch?, in: Argen-Bote Amtsblatt für den Bezirk Wangen. Wangener Tag- und Anzeigblatt vom 4. März 1933, in: StA Wangen im Allgäu (Bestand Argen-Bote, Jahrgang 1933).

125 Mitteilung von Herrn Dr. Thomas Schnabel an den Verfasser vom 15. November 2013.

126 22. Sitzung der Landesdirektoren am 11. Januar 1946, in: Raberg (Hg.): Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern. Erster Band, S. 75.

Spruchkammerverfahren ist erst ab 1949 außerhalb der Kommunalpolitik wieder politische Aktivität Farnys nachweisbar – und zwar im Kontext der Gründung des Landes Baden-Württemberg. So stellte er sich hier zwar sofort zur Verfügung, drängte sich aber, so zumindest die derzeitige Quellenlage, nicht in die erste Reihe der Verantwortlichen.

Erst nach langem Verweigern seinerseits erklärte sich Farny im August 1953 bereit, sich für die Bundestagswahl 1953 zur Verfügung zu stellen. Anstatt Bundestagsabgeordneter zu bleiben und eventuell sogar Bundesminister zu werden, trat er lieber in die baden-württembergische Landesregierung ein, und wurde deren Vertreter im Deutschen Bundesrat. Anstatt nach weiteren, noch höheren Würden zu streben, war Farny mit dieser Funktion vollkommen zufrieden und, in einem positiven Sinn, ohne Ehrgeiz. Im Selbstverständnis zunächst Brauerei- und Gutsbesitzer stellte die Berufspolitik für Farny nach eigenen Angaben keinen finanziellen Anreiz dar. Anders empfand er hinsichtlich seiner Heimatregion und hier vor allem in der Gemeinde Waltershofen.

Das Hofgut stellte für ihn einen wichtigen Bezugspunkt dar, an dem er zwar nicht frei von Arbeit war, aber dennoch das Gefühl hatte, zur Ruhe kommen zu können. Gegenüber der Gemeinde trat er als Förderer und großzügiger Spender in Erscheinung, ohne jedoch den Anschein zu erwecken, trotz seiner Würden und seines Amtes auf die Bevölkerung herabzublicken. Diese Verbundenheit fand schließlich nicht zuletzt Ausdruck in der Gründung der Oskar und Elisabeth Farny-Stiftung, in deren Urkunde neben der Pfarrgemeinde Ratzenried auch Waltershofen über den Tod Oskar Ludwig Farnys hinaus als Begünstigter genannt wird.